



Fraktionsantrag der SPD	Vorlage-Nr:	VO/17/070
	Status:	öffentlich
	Datum:	20.03.2017
	Federführend:	Bericht im Ausschuss: Klaus Früchtenicht
Bau- und Planungsamt	Bericht im Rat:	
	Bearbeiter:	Marion Grün
Untertunnelung der Landesstraße L 107 in Richtung Prisdorf		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	
03.04.2017	Bau- und Planungsausschuss	

Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung

Auf anliegenden Fraktionsantrag der SPD wird verwiesen.

Prüfungen:

1. Umweltverträglichkeit

entfällt

2. Kinder- und Jugendbeteiligung

entfällt

Finanzielle Auswirkungen / Darstellung der Folgekosten

Der Beschluss hat finanzielle Auswirkungen: ja nein

Die Maßnahme/Aufgabe ist:

<input type="checkbox"/>	vollständig eigenfinanziert
<input type="checkbox"/>	teilweise gegenfinanziert
<input type="checkbox"/>	vollständig gegenfinanziert

Auswirkungen auf den Stellenplan:

<input type="checkbox"/>	Stellenmehrbedarf	<input type="checkbox"/>	Stellenminderbedarf
<input type="checkbox"/>	höhere Dotierung	<input type="checkbox"/>	Niedrigere Dotierung
<input type="checkbox"/>	Keine Auswirkungen		

Es wurde eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchgeführt: ja nein
Es liegt eine Ausweitung oder eine Neuaufnahme einer

Freiwilligen Leistung vor:

ja nein

Produkt/e:						
Erträge/Aufwendungen	2017	2018	2019	2020	2021	2022 ff.
	in EUR					
<i>* Anzugeben bei Erträgen, ob Zuschüsse/Zuweisungen; Transfererträge; Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge</i>						
<i>* Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalaufwand; Sozialtransferaufwand; Sachaufwand; Zuschüsse/Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen</i>						
Erträge*:						
Aufwendungen*:						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						
Investition/Investitionsförderung	2017	2018	2019	2020	2021	2022 ff.
	in EUR					
Einzahlungen						
Auszahlungen						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						
Erträge (z.B. Auflösung von Sonderposten)						
Abschreibungsaufwand						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						
Verpflichtungsermächtigungen						
davon noch zu veranschlagen:						
Folgeinsparungen/-kosten	2017	2018	2019	2020	2021	2022 ff.
(indirekte Auswirkungen, ggf. sorgfältig zu schätzen)	in EUR					
<i>* Anzugeben bei Erträgen, ob Zuschüsse/Zuweisungen; Transfererträge; Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge</i>						
<i>* Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalaufwand; Sozialtransferaufwand; Sachaufwand; Zuschüsse/Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen</i>						
Erträge*:						
Aufwendungen*:						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						

Beschluss(empfehlung)

Anlage/n:

Fraktionsantrag vom 14.03.2017

SPD-Fraktion

Tornesch, den 14.03.2017

An den Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses

Henry Stümer

Nachrichtlich: Herrn Bürgermeister Roland Krügel

über Frau Marion Grün

Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 03.04.2017

Sehr geehrter Herr Stümer,

die SPD-Fraktion beantragt, die Untertunnelung in Richtung Prisdorf im Zuge der Landesstraße L 107 auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Beschlussvorschlag lautet dazu:

Der Bau- und Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung der Stadt Tornesch, bei der Deutschen Bahn AG wie auch bei der Landesstraßenbauverwaltung entsprechende Anträge zu stellen.

Begründung:

Der Verkehrsentwicklungsplan hat noch einmal das eindeutig bestätigt, was ohnehin alle wussten. Die Schließzeiten am Bahnübergang sind so lang, dass es oft zu sehr langen Wartezeiten (von 8Std. sind es 4 ½ Std.) kommt und die Straße deshalb von vielen nicht angenommen wird wegen der nicht zu kalkulierenden Wartezeit vor den Schranken.

Mit der Fertigstellung der Westumgehung von Pinneberg wird eine Anbindung des Tornescher und Uetersener Südens an die A 23 an dieser Stelle zu einer echten Alternative, wenn die Bahnquerung diese nur ermöglicht.

Das würde eine Entlastung sowohl für den Kreisel an der Zusammenführung der K 22 mit der L 110 ebenso bringen wie im Teilstück zwischen dem Kreisel und der A 23 auf der L 110 im Verlauf der Ahrenloher Straße.

Die Planungen für eine Bahnquerung im Zuge der L 107 waren vor einigen Jahren vom Land Schleswig-Holstein aus Geldmangel gestoppt worden. Diese gilt es nun wieder anzuschieben, da auch die Deutsche Bahn AG immer noch ein Interesse an der Schließung höhengleicher Bahnübergänge hat.

Diese Maßnahme soll eine zusätzliche Entlastung des Ortszentrums sein und nicht den Bau der K22 in Frage stellen.

Mit freundlichen Gruß

Für die SPD-Fraktion

Klaus Früchtenicht

